

sind Fragen, die wir dann werden beantworten müssen.

Präsident André Kuper: Herr Kollege, es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage aus den Reihen der AfD.

André Stinka (SPD): Ja.

Präsident André Kuper: Okay. – Herr Dr. Blex hat das Wort.

Dr. Christian Blex (AfD): Vielen Dank, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Jetzt stellen wir uns mal vor, alle hätten Beutel und liefen dann mit Beuteln herum. Das würde natürlich auch zu viel Plastik führen. Plastiktüten wollen Sie aber nicht. Plastikbeutel sind dann aber okay?

Wenn wir dann die Beutel haben, und die sind alle vollgepinkelt, was machen wir dann mit den vollen Beuteln? Wollen Sie die dann einfach ins Klo ausleeren, oder was wollen Sie dann damit machen?

(Norwich Rübe [GRÜNE]: Oh Gott! Oh Gott! Oh Gott!)

André Stinka (SPD): Herr Dr. Blex, im Grunde müsste ich ja nicht antworten. Ich habe gerade noch einmal gesagt: Ich habe mich mit dem Verband der pharmazeutischen Industrie getroffen und natürlich mit Vertretern der Wasserwirtschaft. Diesen Test für Röntgenkontrastmittel gibt es. Den halte ich auch für sinnvoll; das kann man tun.

Wir reden nicht über Beutel für jeden Tag. Dass Sie das ins Lächerliche ziehen, bestätigt einmal mehr, dass Sie nur mit Lächerlichkeiten Politik betreiben wollen.

(Beifall von der SPD, der CDU, der FDP und den GRÜNEN)

Darum geht es hier aber nicht.

Darüber müssen wir reden. Das sind komplizierte Fragen. Wir müssen doch fragen: Muss die Allgemeinheit die Reinigung bezahlen, oder gibt es bessere, subsidiäre Lösungen vor Ort? Das wird doch die Frage sein, die wir zu beantworten haben.

Zu den Messstellen: Ich rede als jemand, der aus einem landwirtschaftlich geprägten Kreis kommt. Ich habe nur deutlich machen wollen: Die Debatte muss man führen.

Wir haben auch im Ausschuss unterstützt, dass die überprüft werden. Aber es ist eine verengende Sichtweise, nur auf Messstellen zu gucken, sondern es ist insgesamt eine Debatte darüber zu führen.

Ich mache für die SPD hier noch einmal deutlich, dass wir gemeinsam mit den Landwirten, mit den Verbänden an einer Lösung arbeiten wollen, damit es besser wird. Darum geht es.

Wenn ich die Debatte nur darüber führe, dass die Messstellen falsch sind, diskutiere ich am Thema vorbei. Das will ich mit dieser Ausführung noch einmal klarmachen.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Es geht um konkrete Schritte, Kolleginnen und Kollegen. – Danke.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank. – Da mir keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, schließe ich die Aussprache und stelle fest, dass damit die **Große Anfrage 14** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erledigt ist.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt:

5 Erweiterung des Untersuchungsauftrages des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses IV (Kindesmissbrauch)

Antrag
der Abgeordneten
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/8544 – Neudruck

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner für die AfD Herrn Abgeordneten Wagner das Wort.

Markus Wagner (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Tausendfacher sexueller Missbrauch, unbeschreibliches Leid und staatliches Versagen an allen Ecken und Enden.

Dreimal mussten wir als AfD einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss einfordern. Monatlang lavierten und taktierten CDU, FDP, SPD und Grüne herum.

Doch wer dachte, mit der überfälligen Einsetzung des PUA könne die schonungslose Aufarbeitung des Missbrauchsfalles nun endlich beginnen, der lag daneben.

Immer wieder hatte ich darauf hingewiesen, wie lange es auf Kosten von potenziellen neuen Opfern dauern würde, den PUA auch arbeitsfähig zu machen; darum sei er zügig einzusetzen. Sie wollten nicht und schoben Argumente vor, die allesamt keine waren. Nun stehe ich hier, hatte Recht, aber Freude bereitet mir das wahrlich nicht.

Die tatsächliche Ausschussarbeit in Form von Zeugenbefragungen konnte so erst am 31. Januar 2020 stattfinden. Auch jetzt sind immer noch nicht alle Akten vollständig geliefert.

Noch während der langwierigen Organisation des Untersuchungsausschusses kommt ein neuer Missbrauchsskandal ans Licht, dessen kriminelle Dimension womöglich den Fall von Lügde noch übertrifft – Bergisch Gladbach, ein länderübergreifender Missbrauchsring, bei dem die Polizei 10 Terabyte aus Chatgruppen mit bis zu 1.800 Personen sichergestellt hat, darunter auch widerliche Bilder, die auf dem Campingplatz in Lügde entstanden sein sollen. Innenminister Reul spricht von „ungewöhnlichen Zufällen“.

Dann ergeben Ermittlungen des Polizeipräsidiums Bielefeld, das bekanntermaßen im Fall Lügde die Ermittlungen führt, dass sowohl der wegen Kindesmissbrauchs verurteilte Großvater als auch ein Cousin eines der Verdächtigen aus Bergisch Gladbach über mehrere Jahre hinweg einen Stellplatz auf dem Campingplatz in Lügde gemietet haben. Der Cousin soll sogar dem späteren Haupttäter von Lügde, Andreas V., seinen Wohnwagen verkauft haben.

Das Justizministerium lässt zwar verlautbaren, dass es bisher keinen strafrechtlichen Zusammenhang zwischen den Fällen sehe; der Parlamentarische Untersuchungsausschuss ist aber kein Gericht oder Gerichtersatz, bei dem Straftaten verhandelt werden, sondern hier geht es um die Aufklärung und das Abstellen von strukturellen Zusammenhängen wie eben der personelle und strukturelle Zusammenhang der Komplexe Lügde und Bergisch Gladbach, der ja evident vorliegt.

Über die persönlichen Verknüpfungen der Pädophilen kann doch nicht lapidar mit „Das sind nur Zufälle; das interessiert uns nicht“ hinweggegangen werden. Eine Zufälligkeit der Beziehungen der Täter untereinander und deren Agieren an gleichen Orten bedürfen der Untersuchung, zumindest als Option.

Sollte nichts dran sein, gut, wenn aber doch – und das können wir nur feststellen, wenn wir uns damit befassen –, hilft uns das als Politik und damit auch dem Schutz unserer Kinder vor derart widerlichen Taten.

Die bisher im Ausschuss angehörten Experten waren sich einig: Es gibt Warnsignale, die auf Missbrauch hindeuten, und es gibt Situationen, in denen Missbrauch begünstigt wird. Eine Analyse der Strukturen, die Kindesmissbrauch fördern, ist auch im Sinne künftiger Prävention essenziell, wenn man in Zukunft solche Straftaten verhindern will.

In Lügde wie in Bergisch Gladbach müssen vor allem das Versagen der Jugendämter und der freien Träger als auch die Strukturen und die Ausstattung der

Polizei bei der Bekämpfung von Kindesmissbrauch in den Blick genommen werden.

Ich appelliere daher an Sie, dieser dringend gebotenen Untersuchung zuzustimmen, sie nicht zu verzögern und dieses Mal parteitaktische Spielchen zu vermeiden.

Zur Not bringen Sie einen eigenen Antrag ein, ändern darin zwei Wörter und ein Komma; das wäre zwar lächerlich, aber wir stimmten trotz dessen zu. Hauptsache, es wird das Richtige getan. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der AfD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank. – Für die Fraktion der CDU hat Herr Abgeordneter Panske das Wort.

Dietmar Panske (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich zu dem eigentlichen Antrag der AfD komme, möchte ich gerne ein persönliches Wort sagen.

Ich hatte mir vor einiger Zeit auch nicht vorstellen können, in welche Abgründe wir im Rahmen einer Tätigkeit als Abgeordnete schauen müssen. Es ist erschreckend und verstörend zu erfahren, wie viele Kinder unendlichem Leid und unfassbarer Brutalität ausgesetzt sind oder ausgesetzt waren – und dies in der Gewissheit, dass diese Taten eben keine Einzelfälle sind, sondern dass die Realität weit darüber hinausgeht.

Ob Lügde, Bergisch Gladbach – ja, Herr Wagner, Sie sagten es: Von Netzwerken innerhalb von 13 Bundesländern in Deutschland ist die Rede. Wir haben es hier anscheinend mit einem gesellschaftlichen Phänomen zu tun, dessen Dimension vielleicht größer ist, als sich alle vorgestellt haben.

Die Taten von Lügde fordern nicht nur wegen ihrer Brutalität und des Tatumfanges, sondern vor allem wegen der Komplexität auf der Behördenebene unsere volle Aufmerksamkeit.

Schon jetzt wissen wir, dass das desaströse Zusammenspiel aller Akteure – Polizei, Jugendämter, private Träger in Niedersachsen, in Nordrhein-Westfalen – dazu geführt hat, dass der Fall so skandalös verlaufen ist.

Deswegen wurde richtigerweise der Untersuchungsausschuss durch das Parlament eingerichtet. Die Arbeit im Untersuchungsausschuss, Herr Wagner, läuft gut, und auch vor der Zeugenbefragung lief sie gut. Es war wichtig – das wissen Sie auch –, dass wir die Expertenanhörungen hatten.

Mit dem Bekanntwerden des Falles Bergisch Gladbach tritt nun ein neuer Tatkomplex in den Fokus. Gewöhnen wird man sich, weil es vermutlich auch

nicht der letzte sein wird, nie an diese Bilder. Sie schockieren. Lügde schockiert, auch Bergisch Gladbach, wenn man reinhört, schockiert.

Am Fall Bergisch Gladbach aber – da gehen unsere Meinungen deutlich auseinander – lässt sich erkennen, dass die Ermittlungsbehörden aus möglichen Fehlern, Verfehlungen oder Unterlassungen der Vergangenheit gelernt haben.

In der Hochzeit der Untersuchung zu Bergisch Gladbach waren 350 Polizisten rund um die Uhr beschäftigt, Fotos, Videos, Chats auszuwerten, Wohnungen zu durchsuchen, Tatverdächtige zu vernehmen, den andauernden Missbrauch von Kindern, von Babys, den es ja gegeben hat, sofort zu beenden. Neue Techniken und IT-Programme wurden zur Beweissicherung und Beweisfindung eingesetzt.

Meine Damen und Herren, auch wenn es in beiden Fällen um die gleichen abscheulichen Taten geht und es – das wissen Sie aus dem Innenausschuss, Herr Wagner; der Minister hat es dort gesagt – Zufälle gibt, so müssen wir doch nüchtern betrachten: Stand heute gibt es keine objektiven Anhaltspunkte, dass die Komplexe Lügde und Bergisch Gladbach zusammengehören.

Ich vertraue den ermittelnden Behörden, ich vertraue ihrer akribischen Ermittlungsarbeit, und ich vertraue sowohl den ermittelnden Staatsanwaltschaften als auch den Polizisten in ihrer Feststellung, dass es gegenwärtig keine strafrechtlich relevante Verbindung zwischen diesen beiden Fällen gibt.

Auch Sie, Herr Wagner, und die AfD konnten in Ihrem Antrag nicht ein einziges Faktum nennen, das mich daran ein Stück weit zweifeln lässt. Das einzige Faktum, das Sie nennen, ist eine einzige Pressemeldung, wonach sich angeblich ein Ermittler anonym gemeldet hat. Ich weiß nicht, wer das ist. Ich weiß nicht, ob Sie es wissen. Bei wem hat er sich gemeldet? Womit begründet er diesen Vorwurf? – Dazu nichts in Ihrem Antrag.

Dann darf ich noch an dieser Stelle sagen – wir haben heute Morgen schon über Presse und AfD gesprochen –: Ausgerechnet die AfD, die ansonsten weder der Presse noch Pressemitteilungen glaubt, macht sich eine unbestätigte Pressemeldung zu eigen, um diesen Antrag zu formulieren. Da muss ich schon sagen: In Ihrem politisch verwirrten Leben gibt es auch manches ironische Kapitel.

(Beifall von der CDU)

Noch einmal: Es existieren zurzeit keine strafrechtlich relevanten Zusammenhänge. Deshalb gibt es auch keinen sachlichen Grund, die Taten in Bergisch Gladbach in den Untersuchungsausschuss zum Fall „Lügde“ mit einzubeziehen.

Fast alle Fragen in Ihrem Antrag drehen sich um Täter, Tatbeteiligungen und Tatorte. Alles das sind

keine Fragen, die ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss beantworten kann. Diese Fragen müssen erst von Kriminalisten und Staatsanwälten gründlichst untersucht und haarklein durchermittelt werden. Das ist nicht unsere Aufgabe. Wir sind nicht die besseren Kriminalisten und auch nicht die besseren Staatsanwälte.

(Beifall von der CDU, der FDP und den GRÜNEN)

Lassen Sie mich die Gelegenheit nutzen, um den eingesetzten Polizisten und der Staatsanwaltschaft meinen Respekt und meinen Dank auszusprechen. Jeden Tag müssen sie sich in diesen Verfahren tausendfach die Bilder dieser entsetzlichen und grausamen Taten ansehen.

So belastend die Arbeit für jeden Einzelnen sicherlich ist, so deutlich muss man sich auch immer vor Augen halten, wozu ihr Einsatz dient und wofür sich der Einsatz lohnt, nämlich zum Schutz der Opfer und dafür, dass die potenziellen Opfer von morgen keine Opfer werden.

Genau deshalb – und das ist dann unser Auftrag – müssen wir uns im Untersuchungsausschuss um den Fall „Lügde“ kümmern. Genau so hat das Parlament den Untersuchungsauftrag formuliert. Mit Stand heute müssen wir diesen auch nicht um Bergisch Gladbach erweitern. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die SPD-Fraktion hat nun Herr Abgeordneter Berghahn das Wort.

Jürgen Berghahn (SPD): Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Schon in der Rede zur Einsetzung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zum Kindesmissbrauch in Lügde hat mein Kollege Sven Wolf für die SPD-Fraktion ausgeführt, dass wir eine lückenlose Aufklärung fordern.

Wir sind uns unserer Verantwortung als demokratische Fraktion in diesem Parlament in vollem Umfang bewusst. Nach der Einsetzung im Juni des vergangenen Jahres haben wir alle mit Entsetzen und Abscheu von dem Skandal in Bergisch Gladbach gehört und uns schon damals gefragt, ob es eigentlich eine Verbindung zu Lügde gibt. Ich betone für meine Fraktion ausdrücklich: Das möchten wir auch geklärt wissen, und zwar nicht nur im Rahmen der laufenden Ermittlungen, sondern auch im Rahmen unserer täglichen Arbeit im Untersuchungsausschuss.

Der hier vorliegende Antrag der AfD ist dabei jedoch nicht besonders hilfreich. Derzeit macht er auch keinen Sinn. Denn wir müssen uns noch einmal in Erinnerung rufen: Wir sind das Parlament. Wir sind weder eine zusätzliche Staatsanwaltschaft noch eine

polizeiliche Ermittlungsbehörde. Deshalb prüfen wir auch nicht, ob es Beziehungen zwischen Tätern aus Lügde und Bergisch Gladbach gibt oder wer im Missbrauchsnetzwerk involviert ist. Das ist die Aufgabe der Ermittlungsbehörden, deren Ermittlungen wir auf keinen Fall gefährden wollen.

Der von uns im Juni 2019 beschlossene Untersuchungsauftrag enthält den Begriff „weitere beteiligte Personen“. Wir haben mit den vier Fraktionen dort formuliert, dass es um weitere Spuren zu Konsumenten von Bildern und Videoaufzeichnungen geht, also um solche Fälle, in denen Dritte über Bilder aus Lügde verfügen. Wir haben Lügde und gegebenenfalls andere Orte definiert, also zum Beispiel Bergisch Gladbach, sowie mögliche weitere Tatorte benannt. Und nicht zuletzt sprechen wir über Hinweise auf Beteiligte der Taten in Lügde. Alle diese Begrifflichkeiten sind bereits Gegenstand des Untersuchungsauftrags vom Juni des vergangenen Jahres.

Kolleginnen und Kollegen, wir haben uns bei unserem Antrag auf Einsetzung des PUA also sehr umfassend Gedanken über das gemacht, was jetzt in Bergisch-Gladbach-Skandal in der Diskussion ist: Hätte nicht nur der Skandal von Lügde, sondern hätten auch andere Taten wie die des Komplexes „Bergisch Gladbach“ verhindert werden können? Gab es frühzeitige Hinweise? Und – auch im Sinne unseres Parlaments – sind wir durch die Exekutive, durch die Ministerien, zeitnah und umfassend informiert worden? – Alle diese Fragen gehören in den bestehenden Untersuchungsausschuss und werden auch vom derzeitigen Untersuchungsauftrag erfasst.

Diese Woche haben wir die ersten Akten aus dem Innenministerium erhalten. Ich hoffe, dass wir jetzt auch zügig Unterlagen aus dem Justizministerium bekommen. Wir werden genau prüfen, ob uns die Informationen gegeben werden, die nach Mitteilung von Innenminister Reul jeden Tag im Polizeipräsidium Bielefeld überprüft werden, also mögliche Schnittstellen zwischen Lügde und Bergisch Gladbach.

Sollten wir dazu keine Akten und keine Erklärungen erhalten, werden sich die Ministerien in der Öffentlichkeit mehr fragen lassen müssen als nur, ob es Zufälle sind, Zufälle mit einem Wohnwagen auf einem Campingplatz und Familienzusammenhängen in zwei Orten, die über 220 km auseinanderliegen, und nicht zuletzt, warum und wie Bilder aus Lügde bei Tätern aus Bergisch Gladbach gelandet sind.

Die SPD-Fraktion geht jedoch davon aus, dass sich die Exekutive ebenso wie das Parlament der Verantwortung bewusst ist und dem in der Verfassung normierten Kontrollrecht der Legislative entsprechen wird. Wir gehen also davon aus, dass sie uns alles über Bergisch Gladbach übersendet, was im Zusammenhang mit dem Untersuchungsauftrag steht.

Da aktuell eine Erweiterung des Auftrages wenig zielführend ist und zu diesem Zeitpunkt auch verfrüht erscheint, lehnen wir den Antrag der AfD ab. – Vielen Dank.

Präsident André Kuper: Danke schön. – Für die Fraktion der FDP hat nun der Abgeordnete Lürbke das Wort.

Marc Lürbke (FDP): Vielen Dank. – Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, ich nehme es jeder Fraktion hier im Haus wirklich ab, dass sie alle Geschehnisse rund um die schrecklichen Missbrauchsfälle von Kindern in unserem Land vollumfänglich aufklären will. Das wollen wir alle. Das treibt uns alle um und lässt uns nicht in Ruhe, insbesondere uns als Mitglieder des Untersuchungsausschusses. Wir werden und wir müssen ganz entschieden handeln, damit sich solche fürchterlichen Fälle niemals wieder in diesem Land ereignen können; da sind wir uns sicherlich einig.

Dennoch müssen wir differenzieren, was eigentlich unsere Aufgabe als Parlament und unsere Aufgabe als Untersuchungsausschuss ist. Es ist nicht unsere Aufgabe, zu denken, dass wir in irgendeiner Form cleverer seien oder mehr Möglichkeiten hätten als die vielen Hundert Ermittler der Polizei oder die Staatsanwälte, die – Dietmar Panske hat es gesagt – dankenswerterweise rund um die Uhr arbeiten, um alle Vorgänge vollumfänglich aufzuklären und die Täter dieser schrecklichen Verbrechen zur Rechenschaft zu ziehen. Das ist wirklich eine gewaltige Aufgabe. Ich möchte den Beamtinnen und Beamten daher ausdrücklich für ihren schwierigen Dienst danken.

Die Ermittler gehen aber – das ist der aktuelle Stand – nicht von einem Zusammenhang der Missbrauchsfälle aus. Deshalb sehe ich auch die Erweiterung des Untersuchungsausschusses aktuell kritisch.

Es ist vielmehr unsere klare Aufgabe, die Missstände, die Handlungen und das Versagen staatlicher Einrichtungen rund um die monströsen Geschehnisse auf dem Campingplatz in Lügde zu untersuchen, um die Bedingungen, Strukturen und Abläufe, aber auch das Warnsystem in Nordrhein-Westfalen so zu verbessern, dass wirklich jeder Form des Missbrauchs frühzeitig ein Riegel vorgeschoben wird. Das ist unsere Aufgabe. Das ist Aufgabe dieses Untersuchungsausschusses, die wir wohl alle hier im Haus verdammt ernst nehmen. Deshalb sollten wir uns aktuell auch darauf konzentrieren. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion der Grünen hat die Abgeordnete Frau Schäffer das Wort.

Verena Schäffer* (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann nicht sagen, dass ich froh darüber bin; aber es ist gut, dass wir den Untersuchungsausschuss zum Kindesmissbrauch in Lügde eingesetzt haben und uns so intensiv mit diesem Thema beschäftigen.

Die bisherigen Sitzungen, auch mit den vielen Sachverständigen, waren wirklich gut, um einerseits tief in das Thema einzusteigen und andererseits das Thema öffentlich zu machen. Es ist ja auch Ihnen, Herr Reul, sehr wichtig, dass wir eine Öffentlichkeit schaffen, das Dunkelfeld aufhellen und dazu beitragen, dass mehr Straftaten angezeigt und bearbeitet werden können und dass wir mehr Opfern Hilfe anbieten können. Ich glaube, dass wir da auf einem guten Weg sind, und bin froh darüber, dass das ein gemeinsames Anliegen dieses Parlaments ist.

(Beifall von den GRÜNEN)

Als die mögliche Verbindung von Lügde und Bergisch Gladbach – zwei große Tatkomplexe, die uns wirklich erschüttern – über den Campingwagen auf dem Campingplatz Eichwald bekannt wurde, war auch ich völlig sprachlos und fassungslos. Keiner von uns hat doch geahnt, dass ausgerechnet jemand aus dem Tatkomplex „Bergisch Gladbach“, nämlich der Großvater, gerade auf diesem Campingplatz einen Campingwagen besitzt. Wie viele Campingplätze gibt es in Nordrhein-Westfalen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, das hat uns alle völlig fassungslos gemacht.

Natürlich stellt sich vor diesem Hintergrund die Frage: Steckt mehr dahinter? Steckt dahinter ein geheimer Treffpunkt von Pädophilen? Ist das ein Ort, an dem man sich verabredet oder den man vielleicht auch nur weiterempfohlen hat und von dem man gesagt hat: „Das ist ein Campingplatz, wo man nicht so genau hinschaut“? Natürlich stellen wir uns alle diese Frage. Das ist doch völlig klar. Man kann hier nicht einfach an einen Zufall glauben. Ich jedenfalls glaube nicht an einen Zufall.

Wir bewegen uns jedoch komplett im Rahmen von Spekulationen. Und das finde ich gefährlich. So etwas ist nicht seriös. Auch der Antrag der AfD spricht in diesem Zusammenhang von einem möglichen Sachzusammenhang. Damit befinden wir uns im Bereich der Spekulation.

Ich möchte an dieser Stelle klar und deutlich sagen: Es ist Aufgabe der Polizei, derzeit zu prüfen, ob es Zusammenhänge gibt oder nicht. Ich finde es anmaßend, zu glauben, dass ein Untersuchungsausschuss die Arbeit von Polizei und Staatsanwaltschaft übernehmen könnte.

Die entsprechenden Fragen, die die AfD in dem Erweiterungsantrag aufwirft – das sind die Fragen 1 bis 7 von insgesamt 11 Fragen –, sind allesamt Fragen, die die Polizei beantworten muss und die wir überhaupt nicht beantworten können. Wir sind doch keine Polizeibeamten. Das werden wir auch nicht über Zeugenvernehmungen herausbekommen. Es ist schlichtweg auch nicht unser Job.

Aufgabe des Landtags bzw. dieses Untersuchungsausschusses ist es, mögliche Behördenfehler herauszuarbeiten. Ich kann in diesem Fall zunächst jedoch gar keine Behördenfehler erkennen. Man muss doch sagen, dass die Beamtinnen und Beamten, die gerade versuchen, den Tatkomplex „Bergisch Gladbach“ aufzuklären, mit einer sehr hohen Akribie daran arbeiten und erst durch ihre gute Arbeit diesen möglichen Zusammenhang entdeckt haben.

Ich habe daher hohes Vertrauen in die BAO Berg. Diese Besondere Aufbauorganisation geht gut und gründlich vor. Beim Polizeipräsidium Bielefeld ist eine eigene Ermittlungsgruppe zu den Geschehnissen auf dem Campingplatz eingerichtet worden, um diesen noch einmal genau unter die Lupe zu nehmen.

Ich muss ganz klar sagen, dass es eine falsche Erwartungshaltung ist, zu meinen, das Parlament könne hier Ersatzpolizei spielen. Dazu sind wir schlichtweg nicht in der Lage. Insofern ist das eine schwer zu vertretende Annahme.

Die zweite falsche Annahme, die sich in dem Antrag der AfD wiederfindet, ist die Annahme, man könne Lügde ohne Bergisch Gladbach nicht aufklären und andersherum. – Das stimmt meines Erachtens so nicht. Möglicherweise hat der Tatort Eichwald eine besondere Bedeutung. Daran arbeitet die Polizei gerade. Aber den Tatkomplex „Lügde“ und die damit verbundenen Fragen – warum das Kind zu dem Pflegevater gekommen ist, warum die Jugendämter nicht eingegriffen haben, warum Hinweise nicht ernst genommen wurden – wollen wir im Rahmen des Untersuchungsausschusses aufklären. Ich meine, dass wir das auch aufklären können, ohne den Komplex „Bergisch Gladbach“ zu diesem Zeitpunkt mit hineinzunehmen.

Sie schreiben in Ihrem Antrag, es gebe ein dringendes Erfordernis zur Auftragserweiterung. – Das stimmt meines Erachtens auch nicht. Nach meiner Meinung müssen wir erst einmal abwarten, was die Polizei ermittelt. An dieser Stelle habe ich hohes Vertrauen in die Polizei. Ich kann nicht erkennen, dass es derzeit im Rahmen der BAO Berg Fehler gibt. Daher sollten wir die Polizei erst einmal in Ruhe ermitteln lassen.

Sollten sich Zusammenhänge erhärten und sollten wir feststellen, dass es möglicherweise Absprachen oder einen Treffpunkt gibt – das muss noch nicht ein-

mal strafrechtlich relevant sein; das können auch Absprachen unterhalb der strafrechtlichen Relevanz sein –, müssen wir uns diesen Campingplatz noch einmal genauer anschauen. Das finde ich auch. Ja, dann muss man darüber diskutieren, ob man den Untersuchungsauftrag erweitert. Dafür bin ich offen.

Aber an dieser Stelle macht das überhaupt keinen Sinn. Deshalb werden wir Grüne diesen Antrag ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Daher schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Über den Erweiterungsantrag wird, wie beantragt, direkt abgestimmt.

Ich weise darauf hin, dass der im Einsetzungsbeschluss bezeichnete Untersuchungsgegenstand durch Beschluss des Landtags gemäß § 3 Abs. 3 des Untersuchungsausschussgesetzes nur mit Zustimmung der Antragstellerinnen und Antragsteller verändert werden kann.

Der Antrag auf Einsetzung dieses PUA IV – Kindesmissbrauch – Drucksache 17/6660 wurde seinerzeit von 65 Abgeordneten der Fraktion der CDU, den Abgeordneten der Fraktion der SPD, 26 Abgeordneten der Fraktion der FDP und den Abgeordneten der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gestellt. Eine Erweiterung erfordert daher deren Zustimmung. Eine Enthaltung kann dabei nicht als Zustimmung gewertet werden.

Nach diesen Hinweisen kommen wir nun zur Abstimmung über den Inhalt des Antrags Drucksache 17/8544 – Neudruck. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind die Abgeordneten der AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Abgeordneten von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/8544 – Neudruck – abgelehnt**. Der Untersuchungsgegenstand bleibt daher unverändert.

Ich rufe auf:

6 25 Jahre Post-Apartheid: NRW-Südafrika-Partnerschaft für Frieden, Demokratie und nachhaltige Entwicklung stärken!

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/5379 – Neudruck

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Europa und Internationales

Drucksache 17/8605

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/8573

Entschließungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/8652

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner für die Fraktion der CDU dem Abgeordneten Dr. Bergmann das Wort.

Dr. Günther Bergmann (CDU): Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! Ich will vorweg sagen: Der CDU ist es natürlich wichtig, die gute Zusammenarbeit mit Südafrika zu würdigen und auch in Zukunft zu stärken. Daher finde ich es schon etwas schade, dass die vier Fraktionen von CDU, FDP, SPD und Grünen dann doch nicht zu einem gemeinsamen Antrag gekommen sind.

(Berivan Aymaz [GRÜNE]: Wir haben Sie so oft aufgefordert, Herr Bergmann!)

Ich will den Antrag, der heute Morgen von der AfD noch reingekommen ist, einfach nur als unsäglich und historisch eindimensional beschreiben und gar nicht weiter in irgendeiner Form auf diesen Antrag eingehen.

Wir finden es aber gut, dass wir das Thema heute aufgreifen; denn wir möchten die Zusammenarbeit zum Beispiel im Rahmen des Deutsch-Afrikanischen Wirtschaftsforums, aber auch das zivilgesellschaftliche Engagement fortgeführt sehen und unterstützen. So wollen wir auch den Antrag verstanden wissen, den wir eingereicht haben – als ein Zeichen dafür, dass uns Südafrika wichtig ist und bleibt; denn Südafrika ist natürlich ein strategischer und wichtiger Partner auch für NRW.

Wir teilen dabei – das darf ich auch vorweg sagen – nicht die im Ausschuss geäußerte Kritik der Grünen, der in unserem Entschließungsantrag vorgeschlagene Weg sei eine inakzeptable Vermischung von Entwicklungs- und Wirtschaftspolitik. Wir glauben vielmehr, dass die im Antrag von Rot-Grün geforderte Ausarbeitung einer Gesamtstrategie für Südafrika wenig sinnvoll und derzeit von NRW auch nicht leistbar ist. Schließlich müssen wir – das hat die Anhörung auch gezeigt – unter anderem zunächst einmal Fragen der Kohärenz zu Initiativen und Strategien der Bundesregierung beantwortet wissen.

Da aber auch künftig das zivilgesellschaftliche Engagement in Afrika unterstützt werden soll, wird die Landesregierung in unserem Antrag konkret gebeten, bestehende Kooperationen zwischen Wirtschaft